

**Rede
des Sprechers für Kommunalpolitik**

Bernd Lynack, MdL

zu TOP Nr. 4, 5 und 6 – Erste Beratungen

**4) Niedersachsen in der Krise - Wie schafft das Land die
Rückkehr zu gesellschaftlicher, ökonomischer,
kultureller und bildungspolitischer Normalität?**

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 18/6294

**5) Corona-Krise in Niedersachsen durch Stufenstrategie
begegnen: Bürger, Unternehmen und öffentliche
Einrichtungen in die Selbstbestimmung entlassen!**

Antrag der Fraktion der AfD – Drs. 18/6299

**6) Sofort und für die Zukunft - Gründung eines
kommunalen Schutzschirms**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/6300

während der Plenarsitzung vom 23.04.2020
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

von Tag zu Tag wird immer deutlicher, welche immensen Folgen der Kampf gegen Corona hat. Natürlich trifft das auch oder sogar insbesondere unsere Kommunen.

Diejenigen, die an vorderster Stelle vor allem mit der Daseinsvorsorge sehr eng am Alltag der Menschen sind. Wenn dieser Alltag derartig lahmgelegt ist, hat das für die kommunalen Kassen gewaltige Konsequenzen.

ÖPNV, Schwimmbäder, kommunale Krankenhäuser oder Theater sind nur einige Beispiele, bei denen es zu massiven Einnahmeausfällen kommt. Ganz zu schweigen von den massiv zu erwartenden Einbrüchen bei der Gewerbesteuer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte unmissverständlich klarstellen, dass wir unsere Städte, Gemeinden und Landkreise nicht im Regen stehen lassen werden! Beim Kampf gegen Corona und beim Umgang mit den vielfältigen Folgen müssen alle staatlichen Ebenen gemeinsam an einem Strang ziehen! Von der kleinsten Gemeinde bis zur EU. Als Land Niedersachsen werden wir hier unseren Teil leisten. Gerade auch, was die finanziellen Belastungen für die Kommunen angeht!

Was beim Leitgedanken der schnellen, unbürokratischen „Hilfe für alle“ für Unternehmen und Selbstständige galt, muss selbstverständlich auch für unsere Kommunen gelten. Dies lässt sich aber nicht 1:1 auf unsere Kommunen übertragen.

Der Vorschlag der Grünen ist in der Stoßrichtung sicherlich grundsätzlich richtig. In der „freien Wildbahn“ halte ich diesen Weg allerdings für nicht wirklich praktikabel.

Es gibt auf staatlicher Ebene keinen drohenden Konkurs am Monatsende, der es nötig macht, das Geld besonders schnell und mit der Gießkanne auszusahlen. Viel wichtiger ist es doch, dass man sich in den Rat- und Kreishäusern auf eine pragmatische Kommunalaufsicht verlassen kann. Eine Kommunalaufsicht, die vor allem mit Augenmaß auf das reagiert, was vor Ort gerade passiert. Und gerade da, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir uns glücklich schätzen, dass wir mit gleich zwei ehemaligen Oberbürgermeistern an der Spitze unserer Landesregierung hervorragende Fürsprecher für die Belange unserer Kommunen haben.

Für eine Förderung nach dem Gießkannenprinzip sind unsere Kommunen in ihrer Struktur aber auch bei ihren Angeboten in der Daseinsvorsorge viel zu unterschiedlich. Deshalb müssen wir mit ihnen zusammen bzw. ihren

Spitzenverbänden schauen, wer welche Probleme hat, um dann ein entsprechendes Hilfspaket zu schnüren. Was für Northeim passt, kann für Cuxhaven noch immer zu wenig sein.

Anrede,

genau wie wir es in der Vergangenheit z. B. während der Zeit der großen Flüchtlingsströme oder beim Südniedersachsen-Plan gemacht haben, werden wir auch jetzt ganz fest an der Seite der Kommunen stehen!

In den zuständigen Ausschüssen werden wir beraten, was wir als Land jetzt für unsere Kommunen tun müssen. Klar bleibt: Wir werden die Kommunen und auch die vielfältig betroffenen Menschen, die von den Kommunen abhängig sind, nicht allein lassen.

Die Krise trifft uns alle. Deshalb können wir sie auch nur gemeinsam besiegen.

Vielen Dank.